

Bereitschaftsdienstordnung der Ärztekammer Niedersachsen

**in der Fassung der Neubekanntmachung
vom 1. Juni 2018,
zuletzt geändert durch Satzung vom 28. November 2022,
mit Wirkung zum 1. Januar 2023**

Präambel

Die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung obliegt gem. § 75 Abs. 1 SGB V den Kassenärztlichen Vereinigungen und umfasst auch die vertragsärztliche Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst). Gemäß § 33 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Kammergesetzes für die Heilberufe ist jedes in einer Praxis oder einem medizinischen Versorgungszentrum nicht im Rahmen der Weiterbildung tätige Kammermitglied verpflichtet, nach Maßgabe des § 26 der Berufsordnung der Ärztekammer Niedersachsen sowie dieser Bereitschaftsdienstordnung am organisierten Bereitschaftsdienst teilzunehmen.

Für die Einrichtung und Durchführung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes ist die Bereitschaftsdienstordnung der KVN maßgebend. Soweit diese einen Sachverhalt nicht oder nicht abschließend regelt, finden die Vorschriften dieser Ordnung Anwendung.

§ 1 Grundsätze

- (1) Die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung umfasst nach ärztlichem Berufsrecht und dem Vertragsarztrecht auch einen ausreichenden Bereitschaftsdienst.
- (2) Jedes in einer Praxis oder in einem Medizinischen Versorgungszentrum nicht als Weiterzubildender tätige Kammermitglied ist verpflichtet, auch außerhalb der angekündigten Sprechstundenzeiten die ärztliche Versorgung seiner Patienten zu gewährleisten (Präsenzpflicht).
- (3) Das Kammermitglied ist von seiner Präsenzpflicht nur befreit, wenn die ärztliche Versorgung durch ärztliche Dienstbereitschaften (organisierte Bereitschaftsdienste) sichergestellt ist. § 26 Abs. 3 der Berufsordnung der Ärztekammer Niedersachsen bleibt unberührt. *)
- (4) Der ärztliche Bereitschaftsdienst steht allen Patienten zur Verfügung.
- (5) Verstöße gegen Regelungen dieser Bereitschaftsdienstordnung können mit berufsrechtlichen Maßnahmen geahndet werden.

§ 2 Organisation des Bereitschaftsdienstes

- (1) Der Bereitschaftsdienst wird in Bereitschaftsdienstbereichen organisiert. Die Zuschnitte von Bereitschaftsdienstbereichen können für den Hausbesuchsdienst (Fahrdienst) und für den Dienst in einer Bereitschaftsdienstpraxis (Sitzdienst) voneinander abweichen. Es ist darüber hinaus zulässig, dass Bereitschaftsdienstbereiche zu Zeiten mit niedriger Fallfrequenz (vor allem nachts und an einzelnen Wochentagen) temporär miteinander kooperieren. Maßgeblich für die Zuordnung des Kammermitglieds ist der bzw. sind die Niederlassungsorte der Praxis bzw. der Praxen oder des medizinischen

*) § 26 Abs. 3 BO (i.d.F. der Neubekanntmachung vom 22.03.2005, zuletzt geändert am 01.07.2014): „Die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes entbindet den behandelnden Arzt nicht von seiner Verpflichtung, für die Betreuung seiner Patienten in dem Umfange Sorge zu tragen, wie es deren Krankheitszustand erfordert.“

Versorgungszentrums bzw. der medizinischen Versorgungszentren, in welcher bzw. welchem es seine ärztliche Tätigkeit ausübt. Im Falle einer Tätigkeit an weiteren Orten (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Berufsordnung ÄKN) außerhalb des Bereitschaftsdienstbereichs nach Satz 4 kann das Kammermitglied auch zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst im Bereitschaftsdienstbereich des Zweigpraxisstandortes verpflichtet werden.

- (2) Die Bereitschaftsdienstbereiche sind im Benehmen mit dem Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN so festzulegen, dass das diensthabende Kammermitglied in angemessener Zeit für die Patienten erreichbar ist beziehungsweise diese aufsuchen kann. Dabei ist eine gleichmäßige Belastung aller teilnehmenden Kammermitglieder anzustreben. Sofern sinnvoll und sachgerecht, können Bereitschaftsdienstbereiche Bezirksstellen übergreifend, im Ausnahmefall auch Bundesländer übergreifend errichtet werden.
- (3) In jedem Bereitschaftsdienstbereich sollte im Benehmen mit dem Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN eine zentrale Bereitschaftsdienstpraxis eingerichtet werden. Eine Anbindung an ein Krankenhaus mit mindestens einer internistischen und einer chirurgischen Vollabteilung ist anzustreben. Abweichungen von Satz 1 und Satz 2 sind möglich, soweit die örtlichen Gegebenheiten dies erfordern.
- (4) Bei der Bildung der Bereitschaftsdienstbereiche ist darauf zu achten, dass die Dienstfrequenz je Kammermitglied in der Regel vier Dienste je Quartal nicht übersteigt. Ein Dienst im Sinne dieser Bereitschaftsdienstordnung darf nicht länger als 24 Stunden dauern. Zwei aufeinander folgende 24-Stunden-Dienste sind nicht zulässig.
- (5) Sofern in einem Bereitschaftsdienstbereich keine zentrale Bereitschaftspraxis eingerichtet ist, sind für Bereitschaftsdienste am Wochenende sowie an Feiertagen angemessen Bereitschaftsdienstzeiten festzulegen.
- (6) Für den Bereitschaftsdienst gelten folgende Bereitschaftsdienstzeiten:
 - Montag, Dienstag, Donnerstag: ab 19.00 Uhr
 - Mittwoch, Freitag: ab 15.00 Uhr
 - Sonnabend, Sonntag, Feiertag, Heiligabend, Silvester:
ab 8.00 Uhr und jeweils bis 7.00 Uhr des darauf folgenden Tages
- (7) Die über die bundesweit einheitliche Rufnummer 116117 eingehenden Anrufe für den Bereitschaftsdienst werden von der Terminservicestelle-Akutfall der KVN aufgenommen und nach Durchführung einer standardisierten Ersteinschätzung in die richtige Versorgungsebene geleitet. Fälle für den Fahrdienst werden hierbei durch die von der KVN beauftragte Dispositionszentrale an die diensthabenden Ärzte des Fahrdienstes übergeben. Die Dispositionszentrale entscheidet darüber, welchem von ggf. mehreren gleichzeitig in einem Fahrdienstbereich diensthabenden Ärzten ein Fall übergeben wird. Soweit sinnvoll und sachgerecht, kann ein Fall auch einem diensthabenden Arzt aus einem benachbarten Bereitschaftsdienstbereich übergeben werden.
- (8) Für einen oder mehrere Bereitschaftsdienstbereiche zusammen kann ein organisierter Fahrdienst (Stellung von Fahrzeug und Fahrer) eingerichtet werden. Es wird angestrebt, bis Anfang 2024 in ganz Niedersachsen (mit Ausnahme der Inseln) organisierte Fahrdienste einzurichten.

§ 3 Pflichten des Kammermitglieds im Bereitschaftsdienst

- (1) Der zum Bereitschaftsdienst eingeteilte Arzt bzw. sein Vertreter muss während seiner Dienstzeiten ständig über die von ihm im Dienstplanungsprogramm der KVN hinterlegte (mobile) Rufnummer telefonisch erreichbar sein. Die Nutzung eines Anrufbeantworters oder einer Mailbox eines Mobiltelefons ist grundsätzlich nicht zulässig. In Absprache mit dem diensthabenden Arzt des Fahrdienstes können Fälle von der Dispositionszentrale auch elektronisch (z. B. per App oder SMS) übergeben werden.
- (2) Während der Bereitschaftsdienstzeit hat sich der eingeteilte Arzt innerhalb des Bereitschaftsdienstbereichs oder dessen unmittelbarer Nähe aufzuhalten. Ausgenommen sind hiervon Fälle, die von der Dispositionszentrale im Fahrdienst für einen benachbarten Bereitschaftsdienstbereich übergeben werden.
- (3) Der diensthabende Arzt des Fahrdienstes ist verpflichtet, die ihm von der Dispositionszentrale übermittelten Fälle zu übernehmen. Er entscheidet nach eigenem ärztlichem Ermessen, welche Maßnahmen (z.B. Durchführung eines Hausbesuchs oder telefonische Beratung) im konkreten Fall angezeigt sind. Mit der Übergabe des Falles durch die Dispositionszentrale geht die ärztliche Verantwortung für den Bereitschaftsdienstfall auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen auf den diensthabenden Arzt über.

§ 4 Teilnahme am Bereitschaftsdienst

- (1) Am Bereitschaftsdienst nehmen alle in einer Praxis oder in einem medizinischen Versorgungszentrum nicht als Weiterzubildende tätigen Kammermitglieder teil, wobei der Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN über die Heranziehung von nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Kammermitgliedern entscheidet.
- (2) Kammermitglieder, die sich in einer Gemeinschaftspraxis, einer Partnerschaftsgesellschaft oder einem medizinischen Versorgungszentrum zur gemeinsamen Berufsausübung zusammengeschlossen haben, werden so häufig zum Bereitschaftsdienst herangezogen, wie dies der Anzahl der in der Berufsausübungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gesellschafter und nicht als Weiterzubildende angestellten Kammermitglieder entspricht.
- (3) Soweit in den Fällen des § 2 Abs. 1 Satz 5 ein Sicherstellungsbedarf im Sinne des § 2 Abs. 4 Satz 1 besteht, werden Kammermitglieder entsprechend ihres Tätigkeitsumfangs in der Zweigpraxis zum Bereitschaftsdienst im Bereitschaftsdienstbereich des Zweigpraxisstandorts herangezogen. Es ist hierbei in der Regel von einem Viertel des üblichen Tätigkeitsumfangs auszugehen. Bei einer Heranziehung zum Bereitschaftsdienst im Bereitschaftsdienstbereich des Zweigpraxisstandorts wird die Dienstverpflichtung im Bereitschaftsdienstbereich nach § 2 Abs. 1 Satz 4 entsprechend verringert.
- (4) Jedes in einer Praxis oder in einem medizinischen Versorgungszentrum nicht im Rahmen der Weiterbildung tätige Kammermitglied ist verpflichtet, sich für den Bereitschaftsdienst regelmäßig fortzubilden, sofern es nicht für längere Zeit von der Teilnahme am Bereitschaftsdienst befreit ist oder dazu nicht herangezogen wird.

§ 5 Diensttausch und Vertretung

- (1) Ist das zum Bereitschaftsdienst eingeteilte Kammermitglied verhindert, den Bereitschaftsdienst selbst durchzuführen, hat es die Pflicht, den Dienst mit einem anderen Kammermitglied aus seinem Bereitschaftsdienstbereich zu tauschen, ihn an einen übernahmeberechtigten Arzt abzugeben oder für eine geeignete Vertretung zu sorgen. Im Falle der Vertretung hat es sich über die Qualifikation des ihn Vertretenden zu vergewissern. Eine Weitergabe der Vertretung an Dritte ist nur mit Zustimmung des vertretenen Kammermitglieds zulässig.
- (2) Im Falle der Vertretung verbleibt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Bereitschaftsdienstes bei dem vertretenen Kammermitglied. Im Falle des Diensttausches und der Dienstübernahme trägt das Kammermitglied, das den Dienst im Wege des Tausches oder der Übernahme übernommen hat, die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Bereitschaftsdienstes.
- (3) Diensttausche, Dienstübernahmen und Vertretungen sind im von der KVN vorgegebenen Dienstplanungsprogramm vorzunehmen. Im Zweifel ist derjenige Arzt oder dasjenige medizinische Versorgungszentrum dienstverpflichtet, der/das im Dienstplanungsprogramm für einen konkreten Dienst als diensthabender Arzt / diensthabendes medizinisches Versorgungszentrum aufgeführt ist.
- (4) Ab dem 01.07.2023 dürfen im Bereitschaftsdienst grundsätzlich nur noch Vertreter eingesetzt werden, die über einen Zugang zum Dienstplanungsprogramm der KVN verfügen. Das Nähere regelt die Bereitschaftsdienstordnung der KVN.

§ 6 Befreiung vom Bereitschaftsdienst

- (1) Bei der Entscheidung über eine Befreiung vom Bereitschaftsdienst ist die Notwendigkeit der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung vorrangig zu berücksichtigen. Im Übrigen sind Befreiungen nur befristet möglich. In den Fällen des Absatz 2 lit. a) und b) ist es zusätzlich erforderlich, dass es dem Kammermitglied aufgrund geringer Einkünfte aus der ärztlichen Tätigkeit nicht zugemutet werden kann, den Bereitschaftsdienst auf eigene Kosten durch einen Vertreter wahrnehmen zu lassen.
- (2) Eine Befreiung vom Bereitschaftsdienst – ganz oder teilweise – ist nur aus schwerwiegenden Gründen möglich, insbesondere
 - a) wenn das Kammermitglied wegen einer nachgewiesenen Krankheit oder körperlicher Behinderung hierzu nicht in der Lage ist und sich die Krankheit oder körperliche Behinderung nachhaltig auf den Praxisumfang auswirkt,
 - b) wenn dem Kammermitglied aufgrund besonderer familiärer oder anderer Verpflichtungen die Teilnahme nicht zuzumuten ist,
 - c) für Ärztinnen ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe ihrer Schwangerschaft und bis zu 12 Monate nach der Entbindung sowie für weitere 24 Monate, soweit nicht der andere Elternteil die Versorgung des Kindes gewährleistet,

- d) für Ärzte ab dem Tag der Geburt des Kindes für einen Zeitraum von 36 Monaten, soweit nicht der andere Elternteil die Versorgung des Kindes gewährleistet.
- (3) Belegärzte können auf Antrag vom Bereitschaftsdienst befreit werden, sofern sie für ihre Belegpatienten den Notfalldienst allein ausüben und ihre ambulante Bereitschaftsdienstleistung für Sicherstellungszwecke nicht erforderlich ist. Sind mehr als zwei Belegärzte des gleichen Fachgebietes an einem Krankenhaus tätig, kommt eine Befreiung allein wegen der Belegarztstätigkeit nicht in Betracht.
- (4) Ein Antrag auf Befreiung ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Der Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN entscheidet bei ausschließlich privatärztlich tätigen Kammermitgliedern über den Antrag nach pflichtgemäßen Ermessen; andernfalls entscheidet die KVN. Das befreite Kammermitglied hat sich weiter an der Umlage für den Bereitschaftsdienst zu beteiligen.

§ 7 Augenärztlicher Bereitschaftsdienst

- (1) Es besteht ein augenärztlicher Bereitschaftsdienst mit acht Dienstbereichen. Die Abgrenzung der augenärztlichen Bereitschaftsdienstbereiche erfolgt nach Maßgabe der Anlage zu dieser Bereitschaftsdienstordnung.
- (2) Zur Organisation des augenärztlichen Bereitschaftsdienstes soll, soweit aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglich, in jedem Bereitschaftsdienstbereich eine augenärztliche Bereitschaftsdienstpraxis an einem Krankenhaus eingerichtet werden.
- (3) Für den augenärztlichen Bereitschaftsdienst gelten folgende Bereitschaftsdienstzeiten:
- | | |
|-------------------------------|-------------------|
| Montag, Dienstag, Donnerstag: | 20.00 - 22.00 Uhr |
| Mittwoch, Freitag: | 18.00 - 22.00 Uhr |
| Sonnabend, Sonntag, Feiertag: | 10.00 - 16.00 Uhr |
| Heiligabend, Silvester: | 10.00 - 16.00 Uhr |

Bei darüber hinausgehendem Bedarf können die Bereitschaftsdienstzeiten im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN oder den örtlich zuständigen Vorständen der Bezirksstellen der ÄKN im Einzelfall erweitert werden.

- (4) Am augenärztlichen Bereitschaftsdienst nehmen die jeweils dem Bereitschaftsdienstbereich nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 S. 2 zugeordneten Fachärzte für Augenheilkunde teil. Sie sind von der Verpflichtung zur Teilnahme am allgemeinen Bereitschaftsdienst befreit

§ 8 Kinder- und jugendärztlicher Bereitschaftsdienst

- (1) Bei entsprechendem, vom Vorstand der KVN im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN bzw. den örtlich zuständigen Vorständen der Bezirksstellen der ÄKN festgestelltem Bedarf, insbesondere in Balnräumen, kann ein kinder- und jugendärztlicher Bereitschaftsdienst eingerichtet werden, wenn dadurch die Sicherstellung des allgemeinen

Bereitschaftsdienstes nicht wesentlich beeinträchtigt wird und eine ausreichende Anzahl an Kinder- und Jugendärzten zur Verfügung steht. Die Abgrenzung der kinder- und jugendärztlichen Bereitschaftsdienstbereiche erfolgt nach Maßgabe der Anlage zu dieser Bereitschaftsdienstordnung. § 3 Abs. 4 gilt entsprechend.

(2) Zur Organisation des kinder- und jugendärztlichen Bereitschaftsdienstes ist eine kinder- und jugendärztliche Bereitschaftsdienstpraxis an einem Krankenhaus, möglichst mit kinder- und jugendärztlicher Abteilung, einzurichten.

(3) Für den kinder- und jugendärztlichen Bereitschaftsdienst gelten folgende Bereitschaftsdienstzeiten:

Montag, Dienstag, Donnerstag:	20.00 - 22.00 Uhr
Mittwoch, Freitag:	16.00 - 22.00 Uhr
Sonnabend, Sonntag, Feiertag:	10.00 - 20.00 Uhr
Heiligabend, Silvester:	10.00 - 20.00 Uhr

Bei darüber hinausgehendem Bedarf können die Bereitschaftsdienstzeiten im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Vorstand der Bezirksstelle der ÄKN oder den örtlich zuständigen Vorständen der Bezirksstellen der ÄKN im Einzelfall erweitert werden.

(4) Am kinder- und jugendärztlichen Bereitschaftsdienst nehmen die jeweils dem Bereitschaftsdienstbereich nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 S. 2 zugeordneten Fachärzte für Kinderheilkunde und Jugendmedizin teil. Sie sind von der Verpflichtung zur Teilnahme am allgemeinen Bereitschaftsdienst befreit. Ein freiwillig angebotener kinder- und jugendärztlicher Bereitschaftsdienst entbindet nicht von der Pflicht zur Teilnahme am allgemeinen Bereitschaftsdienst.

§ 9 Dienstplan

(1) Die Einteilung des Bereitschaftsdienstes soll für die Dauer von mindestens drei Monaten erfolgen.

(2) Die Dienstplanerstellung erfolgt in allen Bereitschaftsdienstbereichen durch die KVN mit dem von der KVN vorgegebenen Dienstplanungsprogramm.

§ 10 Weiterbehandlung

(1) Besuche, die vor Beginn der Bereitschaftsdienstzeit bestellt werden, sind grundsätzlich von dem gerufenen Kammermitglied selbst auszuführen. Eine Besuchsanmeldung, die während des Bereitschaftsdienstes bestellt wurde, muss auch nach dessen Beendigung noch ausgeführt werden, sofern nicht der Hausarzt bzw. das vorbehandelnde Kammermitglied bereit ist, den Besuch zu übernehmen.

(2) Das im Bereitschaftsdienst tätige Kammermitglied ist verpflichtet, das weiterbehandelnde Kammermitglied unverzüglich von seiner ärztlichen Tätigkeit in geeigneter Weise zu informieren.

(3) Eine Weiterbehandlung von im Bereitschaftsdienst versorgten Patienten anderer Kammermitglieder ist grundsätzlich nicht zulässig.

§ 11 Außergewöhnliche Situationen

Im Falle außergewöhnlicher Situationen (z.B. Epidemien) kann von den vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden. Es können in diesem Fall auch von der Teilnahme am Bereitschaftsdienst befreite Kammermitglieder zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst verpflichtet werden.

§ 12 Versicherung

Die am Bereitschaftsdienst teilnehmenden Ärzte haben für ihren ausreichenden Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung) selbst Sorge zu tragen.

§ 13 Vergütung

Die Vergütung der im Rahmen des Bereitschaftsdienstes erbrachten Leistungen für gesetzlich versicherte Patienten erfolgt auch für Kammermitglieder, die nicht an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen, nach den Honorarregelungen des Vertragsarztrechts, sofern diese Kammermitglieder nach § 4 Abs. 2 zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst herangezogen worden sind.

§ 14 Modellvorhaben

Im Rahmen von Modellvorhaben, die von der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen im Benehmen mit der Kammerversammlung der Ärztekammer Niedersachsen beschlossen wurden, kann von den Vorgaben der §§ 1 bis 11 abgewichen werden.